

Medienmitteilung



Aargauer Komitee «NEIN zur Kündigungsinitiative»

Im Aargau hat sich ein breit abgestütztes Komitee gegen die Kündigungsinitiative der SVP gebildet. Das Komitee will den gefährlichen Angriff auf die bilateralen Verträge mit der EU und auf die flankierenden Massnahmen verhindern.

Nein zum Lohndumping

Mit der Kündigungsinitiative versucht die SVP, die bilateralen Verträge mit der EU frontal anzugreifen. Die Initiative will das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb eines Jahres einvernehmlich auflösen – oder aber innert einem Monat einseitig kündigen. Damit würden auch die flankierenden Massnahmen abgeschafft und somit auch der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz. Mit dem Wegfallen dieser Lohnschutzmassnahmen wird der Druck auf die Löhne steigen. Wenn die Löhne im Baugewerbe, der Gastronomie oder dem Dienstleistungssektor sinken, dann steigt gleichzeitig auch der Druck auf die Löhne in allen anderen Branchen. Ebenfalls würden ohne die flankierenden Massnahmen die regelmässigen Kontrollen der Einhaltung schweizerischer Arbeits- und Lohnbedingungen wegfallen und es gäbe weniger Gesamtarbeitsverträge.

Keine Abschottung - erst recht nicht in der Krise!

Die Schweiz hat dank der Personenfreizügigkeit Zugang zum EU-Binnenmarkt. Mehr als die Hälfte aller Exporte von Schweizer Unternehmen gehen heute in die EU. Ist dies nicht mehr möglich, wird der Schweizer Wirtschaft und damit auch den Arbeitnehmer*innen geschadet. Gerade in der aktuellen Corona-Krise, mit einer angeschlagenen Wirtschaft, dürfen wir keine Experimente auf Kosten der Arbeitnehmer*innen zulassen. Zu viele Menschen haben schon ihren Arbeitsplatz verloren oder müssen sich fürchten, diesen noch zu verlieren.

Kein Schaden bei Bildung und Forschung

Mit der Annahme der Initiative riskieren wir auch, dass unser Bildungs- und Forschungsstandort ernsthaft gefährdet wird. Studierende und Forscher*innen könnten nicht mehr an den Austauschprogrammen innerhalb der EU teilnehmen. Auch im Aargau ist die internationale Vernetzung von Forschung und Bildung wichtig. Beispielsweise bei den vielen Austauschprogrammen der FHNW oder in der Forschung des Paul-Scherrer-Institut. Ohne diese Vernetzung verliert unser Bildungs- und Forschungsstandort an Innovation, Attraktivität und auch an Mitteln.

Medienmitteilung

Das Komitee ist überzeugt, dass die Initiative uns in eine Isolation befördern würde, die der gesamten Schweiz und der Bevölkerung enorm schadet. Wir brauchen die bilateralen Verträge, um auch weiterhin die Arbeitnehmenden zu schützen – gerade in der Krise. Deshalb ruft das Komitee dazu auf, am 27. September Nein zu stimmen.